Mittwoch, 29. April 1925 · 73. Jahrgang Nr. 200

Berliner Volks-Zeitung

Morgen-Ausgabe
Einzel-Nummer 10 Pfennig

Erscheint täglich zweimal, Sonntags, Festtags und Montags einmal. Abonnementspreis einschließlich zweimaliger Zustellung durch die Botenfrau wöchentlich 80 Goldpfennig im voraus zahlbar; durch die Post 2.15 Goldmark monatlich exklusive Zustellung. Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts. Anzeigen-Preise: Die 1spaltige Zeile 0.70 Goldmark; für kleine Anzeigen: das Wort 0.20 Goldmark; das fettgedruckte Wort 0.40 Goldmark. Haupt-Expedition: SW. Jerusalemer Str. 46–49. Fernspr.: Dönhoff Nr. 9440 bis 9450; für den Fernverkehr Nr. 4997 bis 4999. — Rudolf Mosse-Code. — Postscheckkonto Nr. 214, Rudolf Mosse, Berlin NW. 7. — Filialen: Moritzplatz, Köpenicker Strasse 67–68, Wiener Strasse 1–5, Frankfurter Allee 286, Frankfurter Allee 366, Grosse Frankfurter Strasse 101, Greifswalder Strasse 197, Kochhannstr. 8, Schönhauser Allee 144. Chefredakteur: Otto Nuschke.

Mit „Jede Woche Musik"
Moden-Zeitung · Sport-Zeitung
Film-Zeitung · Haus u. Garten-Ztg.
Techn. Zeitung · Witzblatt „ULK"
BERLIN SEHR UNSICHER

Schiffbauerdamm 4, Rüdesheimer Str. 79, Fennstr. 1, Müllerstr. 135, Badstr. 61, Königstr. 56–57, Rosenthaler Str. 48, Rathenower Str. 5, Turmstr. 61, Potsdamer Str. 33, Leipziger Str. 103, Zimmerstr. 50, Blücherstr. 69, Fridicianstr. 9; Charlottenburg: Pauentzienstr. 7, Kantstr. 34, Schustrasse 30, Nürnberger Str. 28–30, Kaiserdamm 20; Friedenau: Rheinstr. 19; Halensee-Grunewald: Hertzstr. 7, Lichterfelde: Frankfurter Allee 341; Lichterfelde-West: Curtstr. 1-3; Neukölln: Berliner Str. 41, Hermannstr. 63–64, Kaiser-Friedrich-Str. 247–48; Pankow: Borsholmer Str. 1; Schöneberg: Hauptstr. 33–34, Martin-Luther-Str. 9; Steglitz: Albrechtstr. 130, Tempelhof: Berliner Str. 147; Treptow: Krüllstr. 7; Weissensee: Gravestr. 126, Wilmersdorf: Uhlandstr. 88, Kaiserplatz 13, Brandenburg: Hauptstr. 4; Breslau: Schweidnitzer Str. 31–32; Cöpenick: Schlossstrasse 1; Frankfurt a. O.: Regierungsstr. 44; Niederschöneweide: Brückenstr. 22; Potsdam: Brandenburger Str. 32; Spandau: Breite Str. 47, Stettin: Mönchenstr. 31.
Druck und Verlag: Rudolf Mosse, Berlin SW.

Vertrauensvotum oder Landtagsauflösung

Die Erklärung des Ministerpräsidenten Braun vor dem preußischen Landtag
Abrechnung mit dem reaktionär-kommunistischen Block – Weiterführung der Politik der großen Koalition – Geschlossenheit der Weimarer Front

Die Wahlschlacht ist geschlagen und die Parlamente haben gestern die Arbeit aufgenommen. Im preußischen Landtag, dem sich das politische Interesse vornehmlich zuwendet, stellte Ministerpräsident Braun sein neues Kabinett vor, das mit dem seines Amtsvorgängers Marx vom 18. Februar übereinstimmt. In seiner vor dem Landtag abgegebenen Erklärung geißelte er die politische Sabotagearbeit des deutschnational-volksparteilich-kommunistischen Blocks mit scharfen Worten und betonte dabei, daß die leichtfertige Krisenmacherei beendet werden muß. Der Sinn dieser Worte Brauns ist: Entweder billigt der Landtag die Regierungserklärung und gibt dem Kabinett Braun die Möglichkeit positiver Arbeit, oder das Preußenparlament wird aufgelöst. Otto Braun gab in seiner Rede nicht ohne Grund der Hoffnung Ausdruck, die Opposition werde von ihrer destruktiven Politik endlich abgehen. Die Präsidentenwahl hat nämlich ergeben, daß die republikanische Mehrheit in Preußen nicht zu beseitigen ist. Das Interesse der preußischen Reaktion an einer Landtagsauflösung muß also gering sein; bei einer preußischen Neuwahl würde das Ergebnis für die Rechtsparteien zweifellos ungünstiger sein als bei der Hindenburg-Wahl; aus sachlichen Gründen, weil die preußischen Fragen eine der Reaktion abträglichere Einstellung der Wählerschaft bedingen, und rein äußerlich, weil Sommerwahlen von vornherein einen Nachteil für die Rechtsparteien bedeuten. Damit der preußische Reaktionsblock sich über die Entschlossenheit der Weimarer Koalition gegen das unwürdige, staatsschädigende Krisenspiel der Rechtsparteien zusammenzustehen, keinen Täuschungen hingibt, haben die Vertreter der drei Koalitionsparteien, der Demokraten, des Zentrums und der Sozialdemokraten, gestern im Landtag den Beschluß gefaßt, das Kabinett Braun mit allen Mitteln zu stützen. Gegebenenfalls will man vor einer Auflösung des Landtags nicht zurückschrecken.

Am Mittwoch der kommenden Woche wird die Landtagsopposition endgültig Farbe bekennen müssen. Ihr bleibt keine andere Wahl als Vertrauensvotum für Braun oder Landtagsauflösung.

Der Sitzungsbericht

33. Sitzung, Dienstag, den 28. April 1925, nachmittags 2 Uhr.

Präsident Bartels eröffnete die gestrige Sitzung des Landtages um 2¼ Uhr. Haus und Tribünen sind stark besetzt.

Das Haus ehrte zunächst das Andenken des verstorbenen Abg. Conrad Hänisch (Soz.) in der üblichen Weise.

Auf der Tagesordnung steht als erster Punkt die Entgegennahme der

Erklärung des Ministerpräsidenten.

Ministerpräsident Braun nimmt das Wort, dankt für das durch die Wahl bekundete Vertrauen und stellt dem Hause **das neue Kabinett** vor, dem angehören als:

Justizminister: **Am Zehnhoff,**
Innenminister: **Severing,**
Wohlfahrtsminister: **Hirtsiefer,**
Kultusminister: **Dr. Becker,**
Finanzminister: **Höpker-Aschoff,**
Handelsminister: **Schreiber-Halle,**
Landwirtschaftsminister: **Steiger.**

Es ist das gleiche Kabinett, das bereits der Amtsvorgänger des jetzigen Ministerpräsidenten, Herr Marx, am 18. Februar dem Landtag vorgestellt hat, und das durch Ablehnung des Vertrauensantrages zurücktreten mußte. Ministerpräsident Braun dankt seinem Amtsvorgänger für die während seiner kurzen Amtstätigkeit dem Lande geleisteten Dienste und führte dann weiter aus:

Wenn ich die auf mich gefallene Wahl angenommen habe und das gleiche Kabinett unverändert dem Hause vorstelle, so tue ich das in der Erkenntnis, daß der sich nunmehr fast drei Monate hinziehenden Regierungskrise ein Ende gemacht werden muß.

Ich bin mir wohl bewußt, daß es keine leichte, keine angenehme Aufgabe ist, an deren Lösung ich herantrete. Es ist wahrlich nicht das Streben, Minister zu sein, wie **klägliche Gesinnung in den Kreisen meiner politischen Gegner** mir unterstellt hat, das mich leitet. Nein, mich leitet Pflichtbewußtsein und das tiefe Gefühl der Verantwortung für die Geschicke des preußischen Volkes, das mich als mehrjährigen Leiter der preußischen Staatsgeschäfte erfüllt.

Es war bis zum Anfang dieses Jahres unser Stolz, daß wir, im Gegensatz zum Reiche und anderen Ländern, Preußen vor ähnlichen Regierungskrisen bewahrt hatten und durch eine zuletzt 3½ Jahre währende konstante Regierung, die von einer festen Mehrheit im Parlament getragen wurde, zur Konsolidierung unseres staatlichen Lebens und zur Gesundung und zum Wiederaufbau unserer Wirtschaft wesentlich beitragen konnten. Die Neuwahl des Landtags am 7. Dezember vorigen Jahres gab wahrlich keinen begründeten Anlaß, hierin eine Aenderung eintreten zu lassen und auch über Preußen eine Periode der Regierungskrisen heraufzubeschwören. **Diese Periode wurde heraufbeschworen durch die Deutsche Volkspartei,** die bis von ihr 3½ Jahre lang getriebene und bis zur Wahl gebilligte und gelobte Politik nach der Wahl verhorrefzierte.

Es ist nun wochenlang versucht worden, eine aktionsfähige Regierung zu bilden. Die Parteien waren zum weitgehendsten Entgegenkommen bereit.

Alle diese Versuche sind gescheitert an der Sabotage, an der Zerstörungswut des deutschnational-kommunistischen Blocks. Dieser Block hat bisher jede Regierung gestürzt, jede nach Lage der parlamentarischen Verhältnisse und der politischen Einstellung der maßgebenden Parteien mögliche Kombination zum scheitern gebracht.

In jedem parlamentarisch regierten Lande gilt es als selbstverständlich, daß die Parteien der Opposition, die eine Regierung mit Mehrheit stürzen, die Pflicht haben, eine neue Regierung zu bilden, daß sie die Verantwortung für das Zustandekommen einer solchen neuen auf ihre Mehrheit gestützten Regierung tragen. **Die Parteien des deutschnational-kommunistischen Blocks sind wohl einig im Zerstören, aber sie haben bisher noch keine auf ihre Mehrheit gestützte Regierung zu bilden vermocht.** Sie haben nicht einmal den Versuch dazu gemacht, denn man hat noch nicht gehört, daß die Parteien, die diesen Block bilden, Deutschnationale, Deutsche Volkspartei, Völkische, Wirtschaftspartei und Kommunisten sich jemals zusammengesetzt hätten, um die Bildung einer neuen, von ihrer Mehrheit getragene Regierung zu vereinbaren. **So einmütig wie sie im Zerstören sind, so unfähig sind sie im Aufbau.** Damit ist erwiesen, daß **diesem Oppositionsblock lediglich destruktive Tendenzen innewohnen** und in seiner parlamentarischen Tätigkeit leiten. Eine solche destruktive Politik aber muß, wenn sie sich längere Zeit in unserem politischen Leben auspirkt, die schwersten Schädigungen für unser Staatswesen und unsere Wirtschaft zur Folge haben.

Von der Mehrheit der Oppositionsparteien darf ich aber wohl annehmen, daß sie bestrebt sind, positive Aufbauarbeit zum Besten unseres Landes zu leisten.

Und daher habe ich die Hoffnung, daß auch in den Oppositionsparteien die Erkenntnis wachsen wird, daß die destruktive Politik des deutschnational-kommunistischen Oppositionsblocks letzten Endes unserem Lande und unserem Volke zum Verderben gereichen muß und daß sich daher hinreichend Kräfte zur positiven Arbeit mit der Regierung wieder zusammenfinden werden.

Ich werde die Staatsgeschäfte nach den Grundsätzen leiten, die sich in den letzten 3½ Jahren meiner Ministerpräsidentschaft bewährt haben. **Die politischen Richtlinien, die der Politik der Großen Koalition zugrunde lagen, werden auch weiterhin für das Kabinett wegweisend sein.**

Für die nächsten Aufgaben, deren Lösung drängt, mache ich mir im wesentlichen das Programm zueigen, das mein verehrter Herr Amtsvorgänger am 18. Februar d. J. vor dem Hause entwickelt hat. Dieses Programm ist auch das Programm der neuen Regierung, die ihre ganze Tatkraft einsetzen wird, um es zum Wohle unseres noch immer schwer ringenden Volkes zu verwirklichen. Dafür bitte ich um Ihre Billigung und Mitarbeit.

Die Rede des Ministerpräsidenten wurde fast unausgesetzt von **lärmenden Kundgebungen der Kommunisten und der Deutschnationalen Volkspartei** begleitet. Die Kommunisten empfingen den Redner mit stürmischen „Amnestie!"-Rufen. Die Rechte demonstrierte mit Lärm und Gelächter, als der Redner seinem Amtsvorgänger den Dank aussprach. Als er erklärte, ihn leite lediglich Pflichtbewußtsein, wenn er sein Amt übernommen habe, ertönte der Zuruf: „Leichenrede!"

Hierauf vertagte sich das Haus unter großer Unruhe, den Vorschlägen des Aeltestenrats entsprechend, auf Mittwoch, 12 Uhr: Besprechung der Regierungserklärung.

Der englische Schatzkanzler Churchill, der im Unterhause eine Arbeiter- und Angestelltenversicherung ankündigte.

Schnelldienst

Die deutschnationale Reichstagsfraktion bereitet in der Sache des japanischen Handelsvertrages durch die Erklärung, daß die letzte Abstimmung im Ausschuß noch nicht die endgültige Stellungnahme bedeutet, ihren Umfall vor.

Der Stellvertreter des Reichspräsidenten, Dr. Simons, und der preußische Ministerpräsident Braun haben an die Witwe Konrad Haenisch nach Wiesbaden Beileidstelegramme gesandt.

Der Stadtrat München beschloß gegen die kommunistischen Stimmen, am Tage der Eidesleistung des neuen Reichspräsidenten die städtischen Gebäude beflaggen zu lassen.

Infolge des Streiks der Transportarbeiter in Stuttgart nimmt die Eisenbahn keine Güter zur Beförderung nach Stuttgart mehr an.

An der Universität in Königsberg i. Pr. ist zum Beginn des Sommersemesters ein Institut für Luftrecht errichtet worden.

Das Ergebnis der Landtagswahlen in Wien zeigt die Parteien mit ihrem bisherigen Besitzstand unverändert.

Wie Churchill im Unterhause mitteilte, erfolgt ab heute die Rückkehr Englands zur Goldwährung dadurch, daß der Bank von England die besondere Ermächtigung wieder erteilt wird, Gold in Barren auszuführen.

Das Attentat von Sofia

Hintergründe und Ausschlachtung

Das grauenvolle Attentat in der Sofioter Kathedrale hat Bulgarien in den schwersten Konvulsionen gezeigt. Ein Ueberblick über die in seiner inneren und äußeren Politik wirkenden Kräfte ist aber nach den erhaltenen Meldungen nicht möglich.

Der Hauptvorwurf richtet sich gegen die Kommunisten, die ein Bündnis mit der Bauernpartei des im Jahre 1923 ermordeten Stambulinski geschlossen haben und unter den gewohnheitsmäßigen, banditenhaften Insurgenten Mazedoniens Anhang werben. Die englische Presse greift diese Vorwürfe mit großem Eifer auf. Die Offiziösen von Downing Street sind weltpolitisch scharf gegen den Bolschewismus eingestellt und bekämpfen auch in der inneren Politik mit wachsendem Eifer die russischen Einflüsse, die in letzter Zeit in den so konservativen englischen Gewerkschaften an Raum zu gewinnen scheinen. Die Nebenabsichten liegen hier klar zutage.

Die „Times" veröffentlichen einen Bericht über eine Konferenz der kommunistischen Internationale, die in Baden bei Wien zwischen dem 29. Dezember und 2. Januar abgehalten worden ist, und an der neben revolutionären Balkanhäuptlingen aus Deutschland die Ruth-Fischer und Neumann teilnahmen, die bekanntlich nach Beendigung der Zusammenkunft verhaftet worden sind. Da im Balkan das Industrieproletariat schwach ist, sei beschlossen worden, völkische, religiöse und Rassengegensätze zur Aufpeitschung der revolutionären Leidenschaften auszuspielen, durch Kampfzellen Zwischenfälle längs der jugoslawischen Grenze zu provozieren und damit diplomatische Verwicklungen herbeizuführen. Als Zentrale für die revolutionäre Auslandspropaganda in Bulgarien sei Prag bestimmt worden.

Tschitscherin hat in einem kategorischen Dementi jede Verantwortlichkeit seiner Regierung an dem furchtbaren Blutbade abgelehnt. Er hat damit nur wenig Glauben gefunden. Die Methode, kompromittierende Absichten der Sowjetleute durch Nebenorganisationen wie die kommunistische Internationale oder durch das russische Rote Kreuz ausführen zu lassen, sind allzu bekannt, die Wege der Sowjetherrscher allzu machiavellistisch verschlungen, daß ihre Dementis nur von einem Toren unbesehen für bare Münze genommen werden.

Der bulgarische Innenminister hat den fremden Zeitungskorrespondenten die Lage in einer Art geschildert, daß von einer ausschließlichen Verantwortlichkeit der Russen nicht die Rede sein kann."

„Die Urheber der Unruhen genießen die Hilfe **fremder Mächte,** die ihnen Geld und Waffen liefern. Unglücklicherweise gibt es in Bulgarien viele unruhige Elemente, weil sich die Flüchtlinge aus Mazedonien und Thrazien, die aus ihrem Heim vertrieben worden sind, wie die wilden Tiere zu Akten hemmungsloser Verzweifelung hinreißen lassen."

Der bulgarische Innenminister verwendet das soziale Elend der Flüchtlinge als Erklärung des erschreckend grausamen Bürgerkrieges. Aber es kann doch nicht übersehen werden, daß auch ganz andere Kreise mindestens im Verdacht revolutionärer Gesinnung stehen. Nach einer Meldung sind der Direktor der Generalbank, der Direktor der Balkanbank und der Direktor einer Baumwollspinnerei wegen geldlicher Unterstützung der Revolutionäre verhaftet worden. Auch scheint die Regierung die öffentliche Gewalt noch nicht fest in den Händen zu haben. Bücherei und Theater in Olowna sind einer Brandstiftung zum Opfer gefallen, ein Anschlag auf Brücken im östlichen Bulgarien ist nur mit knapper Not verhindert worden, ein Angeklagter schlug den Präsidenten des Sofioter Kriegsgerichts mit einem Gewehrnieder, das er dem begleitenden Soldaten entrissen hatte.

In der zitierten Erklärung des bulgarischen Innenministers fällt besonders auf, daß nicht eine fremde Macht, sondern eine Mehrzahl als Unterstützer der Revolutionäre denunziert wird. Die Anspielung geht deutlich auf Jugo-